

Im Interesse der Meinungsvielfalt als Grundpfeiler der Demokratie:

Dialog mit, statt Kampf gegen Andersdenkende

Von Obmann Josef Feldner

Kampf, Kampf, Kampf!

Gegen alle, die nicht der eigenen Ideologie, dem eigenen „Lager“ angehören, nicht nach dessen Regeln zu leben bereit sind oder diese gar kritisch zu hinterfragen wagen.

Es sind diejenigen, die Toleranz vehement einfordern, als Schutzpanzer für sich und ihresgleichen, die aber andererseits Toleranz allen Andersdenkenden verweigern.

Es sind die – in allen Ideologien und Lagern vorzufindenden – Selbstgefälligen, die sich allein im Recht zu sein glauben und alle, die sich dagegen stellen gnadenlos verurteilen, bekämpfen und ausgrenzen, auch dann wenn sich die Andersdenkenden innerhalb des Verfassungsbogens bewegen.



Die Kärntner Konsensgruppe hat aus einem jahrelangen verbalen Kampf, über den Dialog zur sprachenübergreifenden Verständigung und Versöhnung gefunden.

Finden wir uns damit nicht ab und treten wir ein für: Dialog statt Kampf!

Das erfordert zuallererst: Weg vom Schwarz-weiß-Denken. Weg vom festgefahrenen Denkmuster:

Ich habe immer recht, der andere hat immer unrecht.

Nachdenken! Hineindenken! Umdenken!

Das sind die notwendigen Schritte, den „anderen“ verstehen zu lernen, was nicht bedeutet, dessen Ideologie, Ansichten, Meinungen – wie immer man das bezeichnet – übernehmen zu müssen.

Je besser die eigene Identität gefestigt ist, desto leichter muss es sein, andere, von den eigenen Ansichten abweichende Meinungen zu respektieren und zu tolerieren.

Damit wird nicht nur ein Bekenntnis zur Meinungsvielfalt als demokratisches Grundprinzip abgelegt, es wird auch der Weg zum Dialog auf Augenhöhe und ohne Vorbedingungen geebnet.

Mit dem beispielgebenden Ziel: Den Menschen die Angst zu nehmen die eigene Meinung zu sagen, ohne gleich als extrem verurteilt zu werden!

Dazu einige konkrete Beispiele

Es muss gestattet sein:

- die illegale Massenzuwanderung zu kritisieren,
- von Immigranten zu verlangen, unsere Rechtsordnung zu akzeptieren und unsere Lebensweise zu respektieren
- aber auch Begriffe, wie Volk und Heimat, nationale und kulturelle Identität gebrauchen zu dürfen, ohne ins rechte Eck gestellt oder mit Rechtsextremisten gleichgestellt zu werden.

Und es muss selbstverständlich sein:

- die Meinung jener zu respektieren, die Heimat, Volk und Vaterland als anachronistisch abtun,
- sich für uneingeschränkte Zuwanderung und gegen staatliche Abgrenzung aussprechen,
- oder außerhalb althergebrachter gesellschaftlicher bzw. religiöser Regeln und Traditionen leben wollen, ohne deshalb diskriminiert zu werden.

Das alles inkludiert selbstverständlich auch das Recht zur Kritik auf welche Weise immer.

Das ist Meinungsppluralität, für die es wert ist zu kämpfen, sofern diese sich innerhalb unseres Verfassungsbogens bewegt!

Grenzüberschreitendes Gemeinsames Opfergedenken festigt Versöhnung

Ein historischer Durchbruch



Bei dem am 5. April von den „*Österreich-slowenischen Koordinatoren für einen grenzüberschreitenden Dialog*“ mit Josef FELDNER und Marjan STURM aus Kärnten sowie Danijel GRAFENAUER und Janez STERGAR aus Slowenien veranstalteten Gemeinsamen Opfergedenken an die vor 100 Jahren auf beiden Seiten im Kampf um Kärnten Gefallenen, wurde mit der Beteiligung der Führungsspitze des größten Traditionsvereins der ehemaligen „Kämpfer um die Nordgrenze“ ein Durchbruch erzielt.

**Noch vor wenigen Jahren undenkbar.
Heute Realität: Hochrangige
Persönlichkeiten aus Slowenien gedenken
gemeinsam mit uns aller Opfer im Kampf um
Kärnten**



Neben zahlreichen Ehrengästen aus Österreich mit Österreichs Botschafterin in Slowenien, Sigrid BERKA, dem Landtagspräsidenten Labg. Bgm. Jakob STRAUSS, dem Militärkommandanten von Kärnten, Brigadier Walter GITSCHTHALER und Bürgermeister der Stadt Völkermarkt Valentin BLASCHITZ an der Spitze, konnte KHD-Vorstandsmitglied Arno MANNER hochrangige Persönlichkeiten aus Slowenien begrüßen, unter denen einige noch vor Kurzem die Kärntner Volksabstimmung

1920 als „Schwindelplebiszit“ abgelehnt hatten, heute jedoch als demokratische Entscheidung respektieren.

Gekommen sind:

- Der Generalkonsul der Republik Slowenien, Milan PREDAN
- Der Militärattaché der Republik Slowenien in Österreich, Oberst Milan KRANJEC
- Vladimir OVNIČ, Vizepräsident des Verbandes der Vereine des General Maister
- Rudolf PFAJFAR, Generalsekretär des Verbandes der General Maister Vereine
- Janez STERGAR, Präsident des Klubs der Kärntner Slowenen, Ljubljana
- Danijel GRAFENAUER, Klub der Kärntner Slowenen Maribor
- Franci PIVEC, Vertreter des Klub der Kärntner Slowenen Ljubljana und Maribor sowie des „General Maister Verein“ in Maribor
- Gašper STRAŽIŠAR vom Waldorfgymnasium in Ljubljana als Jugendvertreter aus Slowenien



Mit den Gästen aus Slowenien sind auch Repräsentanten der Vereinigung der GEBIRGSJÄGER-Veteranen gekommen, die in einer Grußbotschaft „*das uneingeschränkte Engagement für Frieden und grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Lehre aus der Geschichte*“ betonten.

Übereinstimmend sprachen sich alle genannten Persönlichkeiten aus Slowenien für den grenzüberschreitenden Abbau von alten Vorurteilen sowie für Verständigung und Versöhnung aus“.



Rudolf Pfafar beim historischen Handschlag mit Josef Feldner in Anwesenheit von Marjan Sturm.

„Wir alle müssen das Trennende überwinden“

Beeindruckende Gedenkansprache von Vladimir Ovnič, Vizepräsident des Verbandes der Vereine des General Maister



Aus dem einmütigen Bekenntnis aller Redner aus Slowenien zu Gemeinsamkeit und Überwindung alter Vorurteile und Aversionen sei Vladimir Ovnič in deutscher Übersetzung ungekürzt zitiert:

„Ich begrüße die Vertreter der österreichisch-slowenischen Koordination für den grenzüberschreitenden Dialog, die die Trennung aus der Geschichte in diesem Raum überwunden haben und damit Hoffnung geben auf eine

noch fruchtvollere Zusammenarbeit und Lösung von Problemen, die man einst nicht lösen wollte oder konnte.

Es ist mir eine Ehre, dass ich an diesem Ort des Friedens und der Erinnerung, jener jungen Burschen gedenke, die in den Kriegswirren des Ersten Weltkrieges für die gleichen Ziele im gemeinsamen Staat gekämpft haben, Schulter an Schulter an der Isonzofront.

Das Ende des Krieges, das Entstehen neuer Staaten aber stellte sie in eine völlig andere Lage. Hier in Völkermarkt und Umgebung sind diese Burschen zu Feinden geworden, die einen auf Seiten der Abwehrkämpfer, die anderen Freiwillige des General Maister, alle im Glauben an ihre Heimat, und in einer solchen Überzeugung sind sie auch gefallen.

Die Toten sind hier zur ewigen Ruhe unter dem gemeinsamen Denkmal bestattet, wir aber müssen danach streben, die Trennungen zu überwinden, und gemeinsame Brücken für die Stärkung des Zusammenlebens zwischen den beiden Völkern und der aktiven Lösung der Probleme, die sich zwischen beiden auftun, zu bauen.

Ich verneige mich in Erinnerung an alle, die hier begraben liegen.“

KHD-DOKUMENTATION über das historische Opfergedenken in Völkermarkt

GRENZÜBERSCHREITENDES GEMEINSAMES OPFERGEDENKEN

an die vor 100 Jahren auf beiden Seiten im Kampf um Kärnten Gefallenen

PREKOMEJNO SKUPNO SPOMINJANJE

na pred 100 leti v boju za Koroško padle na obeh straneh

5. April 2019, Stadtfriedhof Völkermarkt



Zur bleibenden Erinnerung an dieses historische Ereignis hat nun der KHD eine 32-seitige, reich bebilderte zweisprachige DOKUMENTATION verfasst, die neben den

- „Gedanken der Jugend zu Krieg und Frieden“, vorgetragen von Schülerinnen und Schülern des Alpen-Adria-Gymnasiums Völkermarkt und des BG/BRG für Slowenen in Klagenfurt



- den Ansprachen von Jakob Strauss, Marjan Sturm und Josef Feldner
- allen Presseberichten und vor allem
- vollinhaltlich sämtliche Gedenkansprachen und Grußbotschaften aller am 5. April 2019 in Völkermarkt anwesend gewesenen Repräsentanten aus Slowenien beinhaltet.

Die DOKUMENTATION kann kostenlos beim Kärntner Heimatdienst, 9020 Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8 oder per E-Mail: office@khd.at angefordert werden.

Jubiläumsjahr 2020

Heimatsdienst wird die Volksabstimmung 1920 in den Mittelpunkt stellen

Das 100-Jahr-Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung am 10. Oktober 2020 wirft seine Schatten voraus. In einer 170 Seiten starken Broschüre „Einführung, Überblick, Reflexionen zum neuen Landesausstellungsformat“ werden sechs Themenschwerpunkte aufgezählt.



Beim 90-Jahr-Jubiläum 2010 gab es einen Festzug in Anwesenheit der höchsten Repräsentanten des Staates mit Bundespräsident Heinz Fischer und Kanzler Werner Faymann, sowie LH Gerhard Dörfler.

Das Land Kärnten hat den 10. Oktober 2020 nicht in den Mittelpunkt gestellt

Die Themenschwerpunkte lauten:

- Infrastruktur, wirtschaftliche Entwicklung, Raum
- Vernetzung, Nachbarn, Dialog
- Identität, Erinnerungskultur Demokratieentwicklung
- Migration und
- Zukunft

Die Kosten für die Kulturprojekte und die Ausstellung werden mit 3 Millionen Euro beziffert.

LH Peter Kaiser hat noch keine Zusage für eine Jubiläumsspende des Bundes und urgiert diese von der neuen Bundesregierung. 2010 wurden vom Bund dem Land 4 Millionen Euro als Abstimmungsspende überwiesen.

Der eigentliche Anlass für die Landesausstellung, die Kärntner Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 ist in der Broschüre nicht explizit als Themenschwerpunkt angeführt. Als Programmpunkt für den 10. Oktober 2020 scheint bisher lediglich ein Sternmarsch zum Neuen Platz in Klagenfurt auf.

Damit gibt sich der Kärntner Heimatsdienst nicht zufrieden.

Der KHD fordert Details über geplante Landesveranstaltungen am 10. Oktober 2020. Eigene KHD-Veranstaltungen geplant

Unter Hinweis darauf, dass die Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2018 übereinstimmend ein Bekenntnis zur herausragenden Bedeutung der Kärntner Volksabstimmung 1920 abgegeben haben, wird der KHD in den nächsten Wochen vom Land Kärnten die ehestmögliche Veröffentlichung eines Plans über die Landesveranstaltungen am 10. Oktober 2020, sowie an den Tagen zuvor, einfordern.

Demnach muss der 10. Oktober 2020 als „Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten“ würdig und auch auf traditionelle Weise gefeiert werden, sodass die Kärntner Volksabstimmung 1920 auch in Zukunft als herausragendes Ereignis der Kärntner Landesgeschichte im Bewusstsein der Menschen verankert bleibt.

Unabhängig davon, wird der KHD den Kärntner Abwehrkampf und die Volksabstimmung 1920 im Jubiläumsjahr 2020 mit Filmdokumentationen, Informationsveranstaltungen und themenbezogenen Publikationen in den Mittelpunkt stellen.

Vor allem soll in eigenen Veranstaltungen auch die Arbeit des historischen Kärntner Heimatsdienstes als die vom Land Kärnten mit der pro-österreichischen Propaganda beauftragt gewesen öffentlichen-rechtlichen Organisation gewürdigt werden.

Der Leitspruch des KHD-Gedenkens 2020 lautet:

„Erinnern wir gemeinsam der Opfer auf beiden Seiten. Laden wir dazu unsere ehemaligen militärischen Gegner ein und zeigen wir damit im Kleinen, wie ein friedliches und partnerschaftliches Zusammenleben der Völker weltweit funktionieren könnte.“

Kroatentreffen: Klare Position des KHD zu einem heißen Thema



Kroatentreffen: Jedes Volk hat ein Recht darauf, seiner Opfer zu gedenken

Das Gedenken muss jedoch zwingend die Faschismusopfer mit einschließen

Über Einladung des Filmemachers Ferdinand Macek wurde dessen Film „Fluchtpunkt Kärnten. Die Tragödie von Bleiburg und Viktring“ vor 300 Besuchern im vollbesetzten Bleiburger Grenzlandheim mit anschließender Diskussion präsentiert. Am Podium die beiden Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe Josef Feldner und Marjan Sturm mit dem Historiker Florian Thomas Rulitz und dem Kroaten Mijo Juric.

Josef Feldner sprach sich gegen ein Verbot des Kroatentreffens aus und appellierte an beide Seiten Frieden zu schließen.

Das erfordere jedoch von den kroatischen Veranstaltern die Verbrechen des Ustascha-Regimes scharf zu verurteilen und neofaschistische Umtriebe zu verhindern. Weiters die Opfer ehrlich zu bedauern und deren Angehörige als Akt der Versöhnung künftig zum Opfergedenken einzuladen. Andererseits müssten von antifaschistischer Seite die vieltausendfachen Racheaktionen des Tito-Regimes als menschenrechtswidrig anerkannt und verurteilt werden.

In seinem Statement betonte Marjan Sturm, dass „der Widerstand gegen eine Wiederbelebung von nationalsozialistischer Symbolik und Rhetorik ebenso berechtigt sei, wie der Kampf gegen das nationalsozialistische Regime notwendig gewesen war“.

Gleichzeitig aber sei es im Sinne der Glaubwürdigkeit des Antifaschismus notwendig, die unkontrollierten und außerhalb rechtsstaatlicher Normen erfolgten Racheaktionen nach dem 8. Mai 1945 zu verurteilen.

PRESSEAUSSENDUNG in vollem Wortlaut sowie alle Infos über den Heimatsdienst siehe unter www.khd.at

Einschaltung in der KÄRNTNER KRONE am 17. Mai 2019.

Besucher aus Kärnten und Slowenien in Leše/Liescha

Gemeinsames Gedenken an alle Nachkriegsopfer des Tito-Regimes



Beim Gedenkkreuz im Wald von Liescha, dort wo vermutlich ein Großteil der aus Kärnten Verschleppten verscharrt liegt, erinnerte der Präsident des Schwarzen Kreuz LV Kärnten, Gerd Ebner, an das schreckliche Schicksal der Opfer einer unkontrollierten Rachejustiz.

Im fritz-press-Bild v. l.: Manuel JUG, Landtagspräsident a.D. Rudolf SCHÖBER, Franz JORDAN (KHD); Gerd EBNER, Josef FELDNER, Landesrat a.D. Christian BENDER, Sigrid BERKA, Reinhart ROHR und Karl-Heinz MOSCHITZ (KHD).

Bei Dauerregen, somit unter widrigsten äußerlichen Bedingungen, fand am 30. Mai unter dem Motto „Statt Sühne zu fordern, zur Versöhnung aufrufen“ in der entlegenen Ortschaft Leše/Liescha (Slowenien) das vom KHD und der Kärntner Konsensgruppe veranstaltete, schon traditionelle Gedenken an die nach Kriegsende nach Jugoslawien verschleppten und ermordeten Kärntner Zivilpersonen, aber auch an alle Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes statt.

Angehörige von Partisanenopfern und NS-Opfern an der Pilgerstätte für Frieden und Versöhnung in gemeinsamer Trauer vereint

Neben Angehörigen von Opferfamilien, Vertretern von Traditionsvereinen aus Kärnten, dem Präsidenten des „Schwarzen Kreuz LV Kärnten“, Gerd Ebner und der Deutschen Volksguppe in Slowenien, konnte KHD-Vorstandsmitglied Arno Manner zahlreiche Ehrengäste mit Österreichs Botschafterin in Slowenien, Sigrid Berka und Landtagspräsident Reinhart Rohr in Vertretung von Landeshauptmann Peter Kaiser an der Spitze begrüßen, die in ihren Grußworten die wichtige Versöhnungsarbeit der Konsensgruppe würdigten. Aus Slowenien nahmen am Gedenken erstmals Jože Dežman, Vorsitzender der Kommission der Regierung Sloweniens für die Lösung der Frage der verborgenen Gräber, sowie der Bürgermeister der slowenischen Gemeinde Prevalje Matija Tasič teil.

Besonders erfreulich war auch die prominente Vertretung der slowenischen Volksguppe durch Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO) Manuel Jug, Hermagoras-Direktor Karl Hren und Jože Habernik von der „Gemeinschaft der Kärntner Sloweninnen und Slowenen“.

Gedenk- und Gesprächskultur der Konsensgruppe könnte weltweit beispielgebend sein



ZSO-Obmann Manuel Jug mahnte in seiner Gedenkansprache: „Wir müssen gemeinsam an einer Zukunft des Friedens und der gegenseitigen Verständigung arbeiten und damit auch außerhalb unserer gemeinsamen Heimat zeigen, dass wir eine Vorbildfunktion vorleben und praktizieren.“



Darauf aufbauend betonte KHD-Obmann Josef Feldner: „Es wäre schön, könnten wir mit unserer auf Gemeinsamkeit aufgebauten Gedenk- und Gesprächskultur beispielgebend im Kleinen zeigen, wie ein friedliches und partnerschaftliches Zusammenleben der Völker, das Konflikte nicht im Kampf, sondern im Dialog zu lösen bemüht ist, weltweit funktionieren könnte.“

Gottesdienst und musikalische Umrahmung



Das wegen des extremen Schlechtwetters in die Kirche verlegte Opfergedenken wurde vom Bläserquartett Neumarkt und dem Doppelquintett Griffen festlich umrahmt und mit einem vom Eberndorfer Pfarrer Janež Tratar zelebrierten Gottesdienst feierlich abgeschlossen.

† Obmann-Stellvertreter Dr. Gert Seeber Er hat den Heimatdienst wesentlich mitgeprägt

Ein Nachruf von Josef Feldner



Am 14. Dezember 2018 ist Obmann-Stellvertreter RA Dr. Gert Seeber gestorben. Seine Verdienste in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens wurden in den Tagen nach seinem Ableben breit gewürdigt. Mir obliegt es seine langjährige unverzichtbar gewesene Mitgestaltung an der Entwicklung des Kärntner Heimatdienstes von einer Deutschkärntner Abwehrorganisation im Volksgruppenkonflikt hin zu einer breit gewürdigten auf Verständigung und Versöhnung ausgerichteten zivilgesellschaftlichen Institution zu ehren.

Gert Seeber hat auch als Rechtsanwalt stets an vorderster Stelle überaus erfolgreich und uneigennützig die Interessen des KHD vertreten

Das habe ich in einem Nachruf über die Kärntner Tagespresse in wenigen Worten zusammengefasst:

„Gert Seeber hat im Bemühen um ein friedliches Miteinander in Kärnten einerseits und in der engagierten Vertretung der legitimen sprachlichen und kulturellen Interessen der Deutschkärntner Mehrheitsbevölkerung andererseits nie einen Widerspruch gesehen.“

Wenn der Kärntner Heimatdienst mit seinem Weg der Verständigung und Versöhnung nationale, und internationale Wertschätzung erfahren hat, dann hat Gert Seeber daran großen Anteil.

Gert Seeber hat als anwaltlicher Vertreter des KHD, als Berater und Freund mit seinem Tod eine große Lücke hinterlassen, die nie gänzlich zu schließen sein wird.“

Einige Meilensteine aus seinem Wirken im Dienst an der Heimat

- Er hat sich mit großem anwaltschaftlichen Geschick große Verdienste bei der Sicherung einer vor Jahren von privater Seite dem KHD in beträchtlicher Höhe zugeflossenen Zuwendung erworben, die uns seither ein breites gemeinnütziges Wirken ohne jegliche öffentliche Mittel ermöglicht. Insbesondere:
 - Finanzierung unserer vielfältigen Informations- und Dokumentationsarbeit
 - Vielfältige gemeinnützige Förderung von Gruppierungen im Sinne der Vereinsziele, ganz besonders im Bereich der Jugendarbeit
 - Maßgebliche finanzielle Unterstützung der deutschen Volksgruppe in Slowenien sowie auch in anderen Staaten der ehemaligen Donaumonarchie
 - Finanzierung der Arbeit der Kärntner Konsensgruppe, vor allem von Großveranstaltungen, wie gemeinsames, grenzüberschreitendes Opfergedenken sowie Informations- und Kulturveranstaltungen.
- So war es dem KHD möglich ohne öffentliche Unterstützung, über ganzseitige bezahlte Einschaltungen in der Kärntner Tagespresse der betroffenen Bevölkerung in Südkärnten Ängste wegen weiterer zweisprachiger Ortstafeln zu nehmen und damit nach jahrelangen Ortstafelstreit zur Beruhigung beizutragen.
- Schließlich war Gert Seeber auch bei zahlreichen Protest- und Unterschriftenaktionen im Interesse der heimatbewussten Kärntner federführend.

Mit seinem vielfältigen Wirken hat Gert Seeber entscheidend dazu beigetragen, dass der Kärntner Heimatdienst heute weit über Kärnten hinaus als bedeutende zivilgesellschaftliche Institution breite Anerkennung gefunden hat.

Lieber Gert! Du hast dir mit deinen Taten im Heimatdienst ein bleibendes Denkmal gesetzt.



Das letzte Bild von Gert Seeber. Gedenken an die Opfer des Kärntner Abwehrkampfes am 10. Oktober 2018 am Friedhof Klagenfurt-Annabichl.



Gert Seeber beim „Kellergespräch“ im Februar 2018 mit Jugend im KHD-Haus in Anwesenheit auch von Vertretern des Zentralverbandes slowenischer Organisationen.

Pressekonferenz im Palazzo Regione Friuli in Udine

Festigung der Zusammenarbeit in der Region Alpen-Adria, dem geographischen, ethnischen und kulturellen Herz Europas

Am 12. Juni 2019 trafen sich die beiden Mitglieder der KÄRNTNER KONSENSGRUPPE, Josef Feldner und Marjan Sturm sowie Alfredo Sandrini, Obmann des deutschsprachigen Kanaltaler Kulturvereins in Italien mit Journalisten aus der italienischen Region „Friaul-Julisch-Venetien“.

Parlamentspräsident Stefano Mazzolini will die Festschrift allen Tourismusbüros der Provinz Friuli zukommen lassen



Eingeladen zu diesem Pressegespräch, das im Palazzo Regione Friuli in Udine stattfand, hatte der Präsident des Regionalparlaments in Triest, Stefano Mazzolini, der in seiner Begrüßung die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit innerhalb der Region Alpen-Adria auch im zivilgesellschaftlichen Bereich betonte. Neben Mazzolini war von politischer Seite auch der Tourismusreferent der Region, Assessor (Landesrat) Sergio Bini gekommen.

Die im Februar erschienene Festschrift wurde auch in Italien und Slowenien verteilt.

Josef Feldner überreichte gemeinsam mit Marjan Sturm den Gesprächsteilnehmern die kürzlich erschienene, 100 Seiten umfassende FESTSCHRIFT über das vorjährige Treffen der Kulturen an der einzigen Stelle in Europa, wo sich die Kulturen der drei großen europäischen Völkerfamilien, Germanen, Romanen und Slawen am österreichisch-italienisch-slowenischen Dreiländereck – Arnoldstein, Tarvisio und Kranjska Gora zusammenfinden.

Josef Feldner: Die Region Alpen-Adria soll sich beispielgebend als das Herz Europas präsentieren

In seinem Statement rief Feldner dazu auf, die einzigartige geographische und ethnische Position der „Region Alpen-Adria“ zu nutzen, und diese als das „Herz Europas“ beispielgebend zu präsentieren, wo alter Streit beendet und historische Ressentiments überwunden seien.

Auf dieser Basis, mit gefestigter regionaler Identität, müsse die Region nach außen als Einheit für gemeinsame Interessen auftreten, vor allem im Bereich der Wirtschaft und der Touristik. Als Beispiel für ein Europa im Kleinen.

Daran anknüpfend sagte Parlamentspräsident Stefano Mazzolini den Vertretern der Kärntner Konsensgruppe zu, die Festschrift allen Tourismusbüros der Provinz Friaul zukommen zu lassen.

Marjan Sturm: Die Region Alpen-Adria bietet einzigartige touristische Möglichkeiten

Marjan Sturm betonte in seinem Statement übereinstimmend mit Alfredo Sandrini, dass die Region aus der leidvollen Geschichte, aus Krieg und Vernichtung ihre Lehren gezogen habe.

Anschließend machte Sturm auf die einzigartigen touristischen Möglichkeiten innerhalb der Region aufmerksam, wo man im Radius von nur 150 km im Sommer am Mölltaler Gletscher Skifahren könne, südlich in der Adria baden, im Sočatal den Spuren des Ersten Weltkriegs folgen, in den Karawanken bergsteigen und in der pannonischen Tiefebene wandern könne.



Alfredo Sandrini, Stefano Mazzolini, Josef Feldner und Marjan Sturm für weitere enge Zusammenarbeit.

Nach dem historischen Durchbruch im Streben um Versöhnung beim Gemeinsamen Opfergedenken vor wenigen Wochen in Völkermarkt, war das Treffen in Udine ein weiteres wichtiges Kapitel in der zivilgesellschaftlichen Arbeit der Konsensgruppe zur Festigung der Friedensregion Alpen-Adria.

Flüchtlingskatastrophe im aktuellen Überblick

Zitate, Kommentare, Fakten



Die Flüchtlingskatastrophe und die damit verbundenen Ängste der EU-Bürger sind nach wie vor das Spitzenthema in Europa. Aus der täglichen Flut von Berichten in der Presse, im Fernsehen, im Radio und über die sozialen Netze, aus Kommentaren von Journalisten, von Experten und Politikern, haben wir nachfolgend nur einen Bruchteil zur Veröffentlichung ausgewählt, ohne damit eine Reihung nach Wichtigkeit oder Dringlichkeit vorzunehmen.

**BILD-Zeitung deckt auf:
Muslimische Bigamisten beziehen Unterstützung und genießen auch noch Sonderrechte. Rechtsstreit wegen Möglichkeit der Einbürgerung**



Hohe Wellen schlug kürzlich der Fall eines 2015 aus Syrien mit 3 Ehefrauen und 13 Kindern eingewanderten „Schutzsuchenden“.

Obwohl Mehrehe (Polygamie) in Deutschland, wie auch in Österreich verboten ist, wurde dem 2015 aus Syrien eingewanderten Abboud, seinen drei Ehefrauen und seinen 13 Kindern Asyl gewährt. Abboud ist die Mehrehe in Syrien nach islamischen Recht (Scharia) eingegangen. Eine im Ausland legal geschlossene Mehrehe ist in Deutschland nicht strafbar.

Somit genießt Syrien-Flüchtling Abboud als „legaler“ Bigamist vom Staat auch noch Sonderrechte. Wie das auflagenstärkste deutsche Massenblatt BILD am 8. Mai in großer Aufmachung berichtete, erhalten Abboud und seine drei Ehefrauen, eigenen Angaben zufolge, neben der, allen anerkannten Asylanten zustehenden Unterstützung zusätzlich für seine 13 Kinder monatlich 3.785 Euro Kindergeld.

Die Familie lebt heute in Deutschland in drei verschiedenen Wohnungen, zwei davon in einem Haus. „Jeden Tag verbringe ich bei einer anderen Frau, übernachtete auch dort“ erklärt Abboud stolz, der sich über ein 14. in Kürze zu erwartendes Kind freut.

Bislang arbeitet niemand in der großen Familie. Alle drei Wohnungen werden vom Staat bezahlt.

Absurd: Nicht die Tatsache der staatlicherseits auch noch geförderten Vielehe von muslimischen Asylanten führt derzeit in Deutschland zu heftigen Diskussionen, sondern die Frage, ob muslimische Bigamisten deutsche Staatsbürger werden dürfen ...(!)

In Deutschland: Flüchtlingskosten sind 2018 auf 23 Milliarden Euro gestiegen

BILD berichtet am 20. Mai 2019:

Die Folgekosten der Flüchtlingskrise sind für den Bund 2018 auf 23 Milliarden Euro gestiegen!

Das geht aus dem Regierungs-Bericht zu den „Flüchtlings- und Integrationskosten“ hervor:

2017 hatte die Regierung dafür noch 20,7 Mrd. Euro ausgegeben.

- Der größte Teil des Geldes – 7,9 Mrd. Euro – floss in die „Bekämpfung der Fluchtursachen“, heißt es.
- Hinzu kommen mehr als 4 Mrd. Euro für Hartz IV (Anm.: Arbeitslosengeld).
- Weitere 7,5 Mrd. Euro gingen lt. Bericht an die Bundesländer: z. B.:
- für die Registrierung und Unterbringung der Flüchtlinge bis zu ihrem Asylbescheid (1,6 Mrd.),



Bei Flüchtlingen, die durch Falschmeldungen in sozialen Netzwerken nach Griechenland gelockt wurden liegen die Nerven blank. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei.

- für den Ausbau von Kindergarten-Plätzen (1,17 Mrd) und für
- Integrationskurse (2 Mrd.).

23.000 Millionen Euro sind auf das etwa zehnmal kleinere Österreich umgerechnet Kosten von mehr als 2.000 Millionen Euro. Das sind gewaltige Summen, die alle Behauptungen, Österreich tue zu wenig für die von uns aufgenommenen Flüchtlinge, ad absurdum führen.

Neuer Strom von Migranten wird erwartet

Entgegen allen Behauptungen, die Flüchtlingsfrage stelle kein Problem mehr für Europa dar, wird in einem Beitrag der KLEINE ZEITUNG am 8. Juni eine neue Flüchtlingswelle nach Europa prognostiziert. In einer Analyse des Leiters der Abteilung „Menschenhandel, Schlepperei“, Gerald Tatzgern, heisst es:

„Die Balkanroute wird wieder zum Thema. Auch weil derzeit in Griechenland vor Beginn der Tourismussaison rund 70.000 Flüchtlinge von den völlig überfüllten Inseln aufs Festland übersiedelt werden. Im Unterschied zum Flüchtlingsstrom 2015 über Österreich nach Deutschland wird jetzt Italien als „erster sicherer Asylzielort“ in Foren auf sozialen Netzwerken genannt ...“

Nach Ansicht des Bundeskriminalamtes bilden sich neue Schlepperbanden unter serbischer Führung ...“

Abschließend befürchtet Tatzgern in seiner Analyse:

„Es beginnen sich ähnliche Szenarien abzuzeichnen wie in den Jahren 2015/16. So würden allein im Großraum Istanbul 700.000 Flüchtlinge aus Afghanistan leben. In Bosnien sind es laut Schätzungen rund 6000 reisebereite Flüchtlinge“.

Auch die angekündigte Schließung der Flüchtlingscamps in der Türkei lässt einen zusätzlichen Ansturm von Flüchtlingen nach Europa erwarten. Das, obwohl die illegale Migration über die Türkei nach Europa 2018 bereits um 22% gestiegen ist.

Dazu heißt es in den SALZBURGER NACHRICHTEN am 6. Juni:

„Auf den griechischen Ägäisinseln und am Fluss Evros, der in Nordgriechenland die Grenze zur Türkei bildet, verzeichnen die Behörden einen starken Anstieg der Flüchtlingszahlen. Im Mai wurden fast 14.000 Neuankömmlinge registriert. Das sind drei Mal so viele wie im Vorjahrsmonat.“

Der stark gestiegene Zustrom von Flüchtlingen auf dem Landweg nach Europa lässt keine Hoffnung auf einen Totalstopp des Flüchtlingsstrom auf der Mittelmeerroute zu, zu-

mal die Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa bei vielen Millionen Schwarzafrikanern nach wie vor ungebrochen anhält.

Umso unverständlicher ist es, dass die im Vorjahr von der EU-Kommission angekündigte Aufstockung der EU-Grenzschutzbehörde Frontex auf 10.000 einsatzfähige Beamte auf 2027 (!) verschoben wurde.

Der Schutz der Außengrenze hat in Brüssel nach wie vor keine Priorität.

SPD-Politiker: Ein Moslem als Deutscher Bundeskanzler sollte im Jahr 2019 eine Selbstverständlichkeit sein. Zustimmung auch aus CDU-Kreisen

Mitten in die Diskussion, wer spätestens Herbst 2020 Angela Merkel als Kanzlerkandidat(in) nachfolgen könnte, preschte CDU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus vor, er könne sich 2030 durchaus einen Moslem als Kanzlerkandidaten der CDU vorstellen und erhält dafür sofort Zustimmung aus der SPD. Bundestagsabgeordneter Helge Lindh meint laut STANDARD (8. März 2019) „ein Moslem als Kanzler sollte im Jahr 2019 eine Selbstverständlichkeit sein.“

Diese Gedankenspiele gingen manchem Christdemokraten dann doch zu weit und Bundesvorstandsmitglied Elisabeth Motschmann warnt:

„Wir verunsichern unsere Stammwähler mit dieser Diskussion. Angela Merkel und „AKK“ sind erfolgreiche Spitzenfrauen der CDU. Wozu die Debatte über einen muslimischen Mann als Kanzler?“

Weitere Scurrilitäten: Kleiderordnung für Hamburger Kinder im Karneval und Umbenennung von Vater und Mutter in „Elternteil 1 und 2“



Dass man die gegen Ende der Karnevalszeit geführte Diskussion über einen Moslem als Kanzler nicht vor-schnell als „Faschingscherz“ abtun sollte, zeigen weitere Scurrilitäten.

So berichtet BILD zeitgleich:

In zwei Hamburger Kindergärten wurden Kleinkindern Indianerkostüme verboten, weil diese Amerikas Ureinwohner beleidigen könnten.

BILD bezeichnet das zu Recht als völlig absurd und fragt:

„Man könnte meinen, Deutschland steht unmittelbar vor der Einführung eines Umerziehungsministeriums.“ Foto zum Artikel aus Bild-Zeitung.

Anfang Juni berichtete die BERLINER ZEITUNG über eine hochoffizielle Empfehlung, die aus einem solchen „Umerziehungsministerium“ stammen könnte:

Keine Geringere als die deutsche Familienministerin Franziska Giffey von der SPD, die sich im März noch gegen ein Indianer-Kostüm-Verbot ausgesprochen hatte, spricht sich nun für die Umbenennung in „geschlechtsneutralen“ schulischen Formularen von Mutter und Vater in „Elternteil 1 und Elternteil 2“ aus.

Was soll man dazu noch sagen?

Abschiebe-Irrsinn: Abertausende abgelehnte Asylwerber bleiben im Land

Hilflosigkeit auch gegenüber Schwerverbrecher



Nur einem Teil der nach 2015 nach Deutschland und Österreich geströmten Flüchtlingen konnte der Asystatus zuerkannt werden. Deren Abschiebung führt jedoch zu großen Problemen.

Seit 2014 haben rund 4,5 Millionen Flüchtlinge in der EU um Asyl angesucht. Ein Drittel der Anträge, somit 1,5 Millionen wurden abgewiesen. 1 Million sind dennoch geblieben und untergetaucht. Hievon kann ein Großteil nicht abgeschoben werden, weil sie bei ihrer Flucht alle Papiere weggeworfen, ihre Identität falsch angegeben haben, oder sich ihre Heimatländer weigern, sie zurückzunehmen. Dazu kommt noch Schlamperei und Unvermögen. Das alles führt zu einem heillosen Chaos und stellt auch eine große Gefahr für die Sicherheit unserer Bürger dar.

Staatsgewalt scheitert an gesetzlichen Abschiebehindernissen, an Durchsetzungskraft und Unvermögen

Kein Pass, keine Abschiebung! Das hat sich in den Herkunftsländern der Flüchtlinge schnell herumgesprochen. Da war dann das Einfachste, den Pass einfach zu „verlieren“.

DER SPIEGEL schreibt dazu im März:

„Aktuell werden von den knapp 240.000 ausreisepflichtigen Ausländern in Deutschland allein mehr als 75.000 wegen fehlender Reisedokumente geduldet. Weil das Ausländerzentralregister aber so schlampig geführt wird, sind es nach Schätzungen des Innenministeriums sogar weit über 100.000.“

Weitere Abschiebungshindernisse gelten für Länder, in denen eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht. Solche Flüchtlinge gelten als „subsidiär Schutzbedürftige“. Das Kuriose: Diese Hindernisse schützen auch Schwerverbrecher vor der Ausweisung!

Mordanklage enthüllt Asyl-Skandal. Iraker hätte nicht mehr in Österreich sein dürfen

Besonders empörend ist der Fall eines bereits 2005 abgewiesenen Irakers, der eine Frau ermorden konnte, weil es unseren Behörden wegen rechtlicher Hindernisse, aber auch aus Schlamperei nicht gelungen ist, den späteren Mörder, der trotz zahlreicher schwerer Straftaten – Erpressung, Schlepperei, Körperverletzung – nicht ins Gefängnis musste, auszuweisen.

So war es ihm möglich, 13 Jahre nach Aberkennung seines Asylantrags als „freier Mann“ zu morden.

Obwohl 74% der Österreicher für Sicherungshaft für „gefährliche“ Asylwerber sind, liegt diese auf Eis.

Einen ähnlich skandalösen Fall, von vielen über die in den letzten Jahren berichtet wurde, zeigte am 13. Juni die deutsche BILD-Zeitung auf:

„Salafist Rachid wird seit 14 Jahren nicht abgeschoben – obwohl er kriminell und gefährlich ist und enge Kontakte zu mutmaßlichen ISIS-Terroristen hat.“



Laut BILD gibt es nach Angaben von deutschen Sicherheitsbehörden 735 sogenannte islamistische „Gefährder“, denen behördlicherseits „schwere staatsgefährdende Straftaten bis hin zu Anschlägen“ zugetraut werden. Aber auch wenn viele Gefährder ausreisepflichtig sind, können sie nicht abgeschoben werden.

Oft verweigern die Herkunftsländer ihre Einreise oder stellen keine Ersatzpapiere aus. Viele Gefährder leben von Hartz IV (Arbeitslosengeld). Der Leibwächter des Terror-Paten Osama bin Laden lebte jahrelang mit Frau und vier Kindern in Bochum und kassierte staatliche Unterstützung.(!)

Wird sich was ändern, fragt man sich auch in Österreich

Der Rat der Innenminister hat Anfang Juni einer Neuregelung der EU-Rückführungsrichtlinie zugestimmt mit dem Ziel, dass dadurch abgelehnte Asylwerber schneller außer Landes gebracht werden können.

Ob eine Beschleunigung bei Einbringung von Rechtsmitteln gegen Abschiebe-Bescheide, die Pflicht von Asylwerbern besser mit den Behörden zu kooperieren und die Möglichkeit Drittstaatsangehörige in Haft zu nehmen, dazu ausreichen oder lediglich Absichtserklärungen bleiben, wird sich weisen.

Eine grundlegende und umfassende Änderung sieht jedenfalls anders aus.

Der große Frust der Polizisten: „Auch Besitz von Waffen mit scharfer Munition reichte nicht zur Verhaftung. Das treibt uns die Wut ins Gesicht.“

In derselben Ausgabe der BILD-Zeitung erzählen Ermittler anonym, was sie in ihrem Kampf gegen Terroristen erleben.

Ein Auszug:

„Auf Fotos aus Syrien posierte Mansur D. mit Tarnanzug und Kalaschnikow. Er ist europaweit mit Extremisten vernetzt. In seiner Wohnung fanden wir gefälschte Ausweise und scharfe Munition. Dazu befragt, behauptete er einfach, das Magazin gehöre seinem Sohn. Er habe gedacht, es sei Spielzeug. Und so lebt der Gefährder noch immer unbehelligt im Ruhrgebiet.“

Ein anderer Fall:

„Wir wussten, dass Anis Amri einen Anschlag plant. Er gehörte zum Netzwerk um ISIS-Statthalter Abu Waala. Trotzdem ließ man ihn laufen und schob die Verantwortung ab... Als dann der Anschlag in Berlin passierte, war uns schnell klar, wer dahintersteckt.“

In einem ausführlichen Beitrag mit dem Titel „Deutsche Drecksarbeit“ prangert das bekannte deutsche Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL auf mehreren Seiten an, unter welchen katastrophalen Bedingungen Bundespolizisten „den Kopf für Deutschland und das Funktionieren seines Rechtsstaates hinhalten“ müssen. Dazu einige Auszüge:

„Nichts ist einfach, wenn es um Abschiebungen geht. Selbst dann nicht, wenn es um mehrfach straffällig gewordene Ausländer geht, deren Anwesenheit in Deutschland von vielen Bürgern als besondere Zumutung empfunden wird.“ ...

... Wenn Bundespolizisten ins Erzählen kommen, kann es geschehen, dass man sich als Zuhörer für die Zustände in die-



Erschöpfte Polizisten nach einem turbulenten Abschiebe-Einsatz.

bei der Abschiebung tragen sollen.“

Nach ausführlicher Kritik angesichts der völlig inakzeptablen Bedingungen, unter denen die Polizisten arbeiten müssen, dürfe man sich nicht wundern, wenn bald niemand mehr diesen Job machen will, heißt es dazu im SPIEGEL.

sem Land zu schämen beginnt. Zu lernen ist, dass die Beamten, die im Dienst immer wieder tätlich angegriffen, mit Blut bespuckt und mit Fäkalien beschmiert werden, eine Abnutzungspauschale von 1,20(!) Euro für ihren selbst gekauften Anzug bekommen, den sie im Flugzeug

Die Kehrseite:

Wer illegale Massenzuwanderung fördert und unerfüllbare Hoffnungen erweckt, handelt in höchstem Maße inhuman

Total überforderte Behörden bei Massenabschiebungen – nicht nur in Deutschland – verdecken das tragische Schicksal von Abertausenden nicht straffällig gewordenen Flüchtlingen, die mangels Asylberechtigung abgeschoben werden müssen.



Für diese abgeschobene Flüchtlinge sind wie für abertausenden anderen alle Hoffnungen zerbrochen.

Der ausführliche SPIEGEL-Bericht über den Alltag der Beamten, „die den Kopf für Deutschland und das Funktionieren seines Rechtsstaates in einer miserabel organisierten Abschiebep Praxis hinhalten“ beinhaltet aber auch die Kehrseite, über

die man sich nicht hinwegsetzen sollte. Das sind jene Immigranten, die mangels Asylgrund abgeschoben werden müssen. DER SPIEGEL dazu:

„Es geht dabei um Menschen, deren Hoffnungen zerstört werden, um ihre Angst, was nun aus ihnen wird, um ihre Verzweiflung, dass alles umsonst war: das Geld, dass sie dem Schlepper gezahlt haben, der oft gefährliche Weg nach Deutschland. Rückführung ist das schmutzige Ende aller Träume, und wer sagt, man solle abgelehnte Asylbewerber doch einfach abschieben, zack, zack, Ausländer raus, der macht sich keine Vorstellung, wie schmutzig es werden kann. Einerseits für die Menschen, die es trifft. Andererseits für die Polizisten, die es tun. Beispieler? Gibt es viele ...“

Dazu eine notwendige Klarstellung

Nicht eine angeblich unmenschliche Abschiebepolitik ist verantwortlich für menschliche Tragödien in der Flüchtlingsfrage.

Nein! Die Verantwortung dafür trägt die UNO, die mit einem höchst umstrittenen Migrationspakt eine verantwortungslose und inhumane Scheunentorpolitik, mit einer für alle Im-

migrationswilligen offenen Grenze nach Europa propagiert. Mit NGOs als deren Erfüllungsgehilfen vor Ort, die unter dem Vorwand der Lebensrettung, im Mittelmeer Flüchtlingen aus Afrika in großem Umfang die illegale Zuwanderung nach Europa ermöglichen.



Statt diesen Menschen die Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa zu geben, sollte die Weltgemeinschaft endlich alles tun, um den notleidenden Menschen in Afrika eine menschenwürdige Zukunft zu geben.

Auf diese Weise werden Abermillionen zuwanderungsbereite Schwarzafrikaner unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Europa gelockt und bei den Zuwanderungswilligen die utopische Vorstellung eines Europa erweckt, in dem gleichsam Milch und Honig fließt, wohl wissend, dass solche Erwartungen nach Ankunft in Europa brutal zerstört werden.

Die EU und deren Mitgliedstaaten sind aufzufordern, dieser in höchstem Maße inhumanen Zuwanderungspolitik mit aller Kraft entgegenzutreten und statt dessen eine endlich anlaufende weltweite Milliardenhilfe in bisher noch nie dagewesenen Umfang zu fordern. Nur damit, und nicht mit falschen Hoffnungen kann Hunderten Millionen unter menschenunwürdigen Verhältnissen lebenden Schwarzafrikanern geholfen werden.

Ohne weltweite Afrika-Hilfe droht eine humanitäre Katastrophe

Die Schuld trägt die UNO, die Masseneinwanderung aus Afrika nach Europa propagiert

Von Josef Feldner



Bis 2050 wird sich die Bevölkerung des afrikanischen Kontinents mehr als verdoppeln, von derzeit 1.200 auf 2.500 Millionen Menschen. Mangelnde Geburtenkontrolle, vor allem in den muslimischen Ländern, mit bis zu 7,5(!) Kindern pro Frau im Schnitt (Niger), bewirkt eine Bevölkerungsexplosion bei miserabler Infrastruktur und galoppierender Arbeitslosigkeit. Nur mit weltweiter Billionenhilfe – nicht in Form einer stets versickernden

Entwicklungshilfe – sondern mit afrikaweiten Investitionen, vor allem in Bildung und kleinbäuerlicher Landwirtschaft kann einer drohenden humanitären Katastrophe entgegengewirkt werden.

Viele Millionen Afrikaner sehen in der Flucht nach Europa den einzigen Ausweg

In Schwarzafrika, wo kaum die Hälfte aller jungen Menschen Arbeit finden, und mehr als die Hälfte keine ausreichende Ausbildung vorweisen kann, gibt es für die Masse der Menschen keine Perspektiven.

„Viele sehen nur eine einzige Chance: Raus aus dem Land, egal wie. Selbst der mögliche Tod schreckt nicht ab“, sagt der äthiopische Experte Berhanu Negussie über den starken Migrationsdrang seiner Landsleute und fordert Hilfe zur Selbsthilfe. Konkret:

„Der wichtigste Ansatz ist die Schaffung von Jobs, Jobs und noch einmal Jobs“

Der Entwicklungsexperte weiter zur unverzichtbaren Hilfe vor Ort:

„Es ist viel besser und auch günstiger, uns hier zu unterstützen, als dann die Migranten in Europa versorgen zu müssen.“ Negussie tritt für einen „Marshall-Plan für Afrika“ ein „allerdings nur in Verbindung mit guter Regierungsführung, sonst kann das nicht funktionieren.“

Im strukturellen Versagen der afrikanischen Regierungen, in denen eine kleine korrupte Elite faktisch alles besitzt, liegt jedoch das Hauptproblem.

Zur Verhinderung einer bisher noch nie dagewesenen Völkerwanderung muss innerstaatlich mit Druck auf EU und UNO gehandelt werden

In einer im Vorjahr gefassten Entschliebung der KHD-

Hauptversammlung werden eine Reihe von innerstaatlich zu treffende Maßnahmen mit „Stopp der illegalen Zuwanderung“ an der Spitze gefordert, was aber nur bei gleichzeitigem Druck auf EU und UNO realisiert werden könne.

Appell an ein humanitäres Weltgewissen auch an Asien, Amerika und Australien zur unverzichtbaren Afrika-Hilfe

In der KHD-Entschliebung werden dazu einige der wichtigsten Maßnahmen genannt:

- Verpflichtende Geburtenkontrolle
- Errichtung von Bildungszentren mit dem Schwerpunkt: Emanzipierung der Frauen
- Aufbau einer Kleinindustrie zur Stärkung der Eigeninitiativen
- Der Export agrarischer Überschussgüter aus EU und USA ist stark zu reduzieren.

Dazu bekräftigen die Delegierten der Hauptversammlung:

JA zu interkulturellem Dialog, NEIN zu Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht. Für den KHD ist Asyl ein humanitäres Gebot, jedoch Bedacht auf Leistungsfähigkeit der Aufnahmeländer.

Wann werden endlich die Staaten Europas massiven Druck auf die EU und die UNO zur unverzichtbaren weltweiten Afrika-Hilfe vor Ort ausüben? Wann wird endlich erkannt werden, dass geduldete, ja sogar geförderte illegale Massenzuwanderung aus Afrika nach Europa, ohne reale Chance auf Integration in den Arbeitsmarkt, in höchstem Maße inhuman ist, Fremdenfeindlichkeit verstärkt und einen sozialen Flächenbrand provoziert?

LAND KÄRNTEN
Volkskultur

Bitte um Ihren FREIWILLIGEN BEITRAG

zur Abdeckung der hohen Kosten zur Finanzierung unserer gemeinnützigen Arbeit.

Wir finanzieren weitgehend aus eigenen Mitteln Projekte förderungswürdiger Gruppierungen in Kärnten sowie der deutschen Volksgruppe in Slowenien. **DANK IHRER HILFE** können wir auch heuer wieder wesentlich zum Überleben der deutschen Kulturvereine in Slowenien, aber auch zur Unterstützung vieler förderungswürdiger Projekte, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit in Kärnten beitragen.

Mit Ihrem Beitrag zeigen Sie Solidarität mit unserer dem Gemeinwohl dienenden Arbeit. VIELEN DANK!